

Kommunalpolitische Erklärung der SPD-Fraktion am 10.11.2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuler,
Herr Erster Bürgermeister Dr. Vonderheid,
Herr Bürgermeister Brenner,
sehr geehrte Leonberger Bürgerinnen und Bürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

würde man den Haushaltsplan 2016 und die Prognosen für die Folgejahre in Form eines Wetterberichtes kommentieren, so müssten wir feststellen, dass ein länger andauerndes Hoch deutlich erkennbar zu Ende geht und düstere Schlechtwetterwolken als Vorboten eines heraufziehenden massiven Tiefdruckgebietes mit orkanartigen Stürmen und Unwettern zu erwarten sind. Dies gilt insbesondere beim Ausblick auf die Haushaltsjahre 2018 und 2019.

Doch für das kommende Jahr erwartet die Verwaltung noch einmal, dass die Gewerbesteuer ein Spitzenniveau von 25 Mio. EUR erreichen könnte, der kommunale Einkommenssteueranteil möglicherweise sogar auf über 30 Mio. EUR wächst. Die Verschuldung überspringt locker die 100-Millionen-Hürde und soll 2018 gar bei 140 Mio. EUR landen. Natürlich muss man berücksichtigen, dass wir bis dahin Kindertagesstätten und ein neues Rathaus für über 50 Mio. EUR gebaut haben.

Die SPD-Fraktion beschränkt sich daher heute auf wenige Anträge. Diese sind stets verbunden mit der Zielrichtung, dass sich entweder die Investition amortisiert, wir eine adäquate Refinanzierung vorschlagen oder Kostensenkungen erwarten.

Zunächst stellen wir mit Genugtuung fest, dass die von uns schon seit Jahren an dieser Stelle beantragte Fitnesskur für das **Leo-Bad** – zunächst per Gutachten – endlich angegangen wird. Hierbei ist uns wichtig, dass das Bad als Attraktion für Leonberg und Umgebung erhalten bleibt, aber auch zukunftsfähig aufgestellt wird. Dazu gehört insbesondere, dass der alljährlich anfallende Reparatur- und Unterhaltungsaufwand von bis zu 300 TEUR künftig deutlich reduziert und der stetig ansteigende Personalaufwand begrenzt wird. Ebenso ist eine Optimierung des Energieverbrauches notwendig.

Wir sind gespannt, ob der hierfür eingestellte Betrag von 560 TEUR tatsächlich realistisch ist. Ich möchte auch nochmals betonen, dass die von uns zur Refinanzierung dieser Investition ins Spiel gebrachte Erstellung eines Bebauungsplans für den nördlichen Teil der Liegewiese keine spürbare Beeinträchtigung für das Gesamtgebilde Leo Bad mit sich bringt. Allerdings sind wir auch völlig offen für konstruktive Alternativvorschläge aus der Verwaltung oder aus der Mitte dieses Gremiums.

Bereits im vergangenen Jahr hatte ich an dieser Stelle kritisiert, dass die Personalkosten – alleine im Leo-Bad – innerhalb von 5 Jahren bis 2015 um fast 40 % angestiegen sind. Jetzt entnehmen wir dem Haushaltsplanentwurf, dass zu den besetzten 21 Stellen im Bäder- und Saunabereich 6 weitere hinzukommen sollen. Die Personalkosten würden von 950 TEUR auf knapp 1,4 Mio. EUR ansteigen. Zwischenzeitlich hat die Verwaltung die Summe mit einer knappen Begründung um rd. 220 TEUR wieder reduziert. Für die SPD Fraktion ist derzeit nicht nachvollziehbar, welche Zahlen denn nun tatsächlich zutreffen.

- ➔ **Wir bitten zeitnah um eine Beschlussvorlage zur Personalsituation in den Leonberger Bädern mit der künftigen Sauna in der die Personalplanungen detailliert dargestellt und begründet werden. Bis dahin beantragen wir einen Sperrvermerk bei den zusätzlichen Personalkosten des Bäderbereiches.**

Zu den von uns regelmäßig an dieser Stelle thematisierten Anträgen gehört der Wunsch eine „**Sportentwicklungsplanung**“ endlich voran zu treiben. Keine Sorge, wir stellen hierzu keinen erneuten Antrag, sondern machen uns die Erkenntnis Winston Churchills zu eigen, der gesagt hat, „Demokratie ist die Notwendigkeit, sich gelegentlich den Ansichten anderer Leute zu beugen“. Die Verwaltungsspitze hat deutlich gemacht, dass sie für ein solches Projekt in der zuständigen Fachabteilung nicht über sportaffine Mitarbeiter verfügt und auch keinen Anlass dafür sieht, dass sich dort Jemand in die Materie einarbeitet.

Allerdings hat uns auch Qualität und Tiefe der Diskussion im Gemeinderat vor einigen Wochen ziemlich ernüchtert. Wer glaubt, bei einer Sportentwicklungsplanung ginge es zuvorderst um Trendsportarten, hat weder den Sinn noch den Zusammenhang mit gesellschaftlichen Entwicklungen erkannt. Wer glaubt, man könne nicht planen, weil die Zukunft immer mal wieder Unvorhergesehenes mit sich bringt, der liegt zumindest nahe an der Philosophie unseres Oberbürgermeisters, der anstelle von Konzepten gerne „auf Sicht fahren“ möchte.

Wir von der SPD-Fraktion haben schon öfter artikuliert, dass wir diese Philosophie allenfalls in Krisenzeiten für geeignet halten. Ansonsten muss aber ein „Konzern“ wie die Stadt Leonberg mit einem Haushaltsvolumen von über 200 Mio. EUR in allen wichtigen Bereichen über tragfähige verlässliche Planungen verfügen, die selbstverständlich bei veränderten Zukunftsentwicklungen angepasst werden müssen. Was ohne solche Konzepte herauskommt, haben wir bei Sportzentrum und Rathaus ja gesehen.

Hinsichtlich unserer **Schulen** gibt es nun allerdings schon lange eine Planung bei der Stadt Leonberg. Nur sie dient offensichtlich nicht mal mehr der Orientierung, was inhaltliche und zeitliche Realisierung betrifft. Quasi nebenbei wurde die letztes Jahr noch als „dringend nötig“ bezeichnete Sanierung des Spitalhofs zugunsten anderer Projekte verschoben. Wir geben jedes Jahr Millionenbeträge für Erziehung und Bildung aus, aber ein traditionsreiches Gymnasium wie das ASG vergammelt in baulicher Hinsicht mehr und mehr. Die Fassadensanierung müsste längst abgeschlossen sein.

Markisen sind nicht mehr funktionstüchtig, Fenster lassen sich nicht mehr richtig schließen, manche Schulräume sind nicht ganzjährig nutzbar. Das ist ein untragbarer, nicht weiter hinnehmbarer Zustand.

- ➔ **Wir beantragen im Haushaltsjahr 2016 die oben beschriebenen dringendsten Sanierungen vorzuziehen, um das ASG in einen vorzeigbaren, sinnvoll nutzbaren Zustand zu versetzen. Gleiches gilt für den Spitalschulkomplex.**

Grundsätzlich plädieren wir dafür, dass bei allen Einrichtungen mit Ganztagesangeboten, die Mensagröße den relevanten Schülerzahlen entsprechen muss.

Die neuen **Kindertagesstätten** habe ich bereits mehrfach erwähnt. Es ist schon eindrucksvoll, mit welchem hohem baulichem Standard diese erstellt wurden. Gut – und teuer! Gebaut für die Kinder, aber auch damit Eltern Beruf und Familie besser „unter einen Hut bringen“. Daher ist es notwendig, dass sich die Öffnungszeiten mit den Bedürfnissen der Nutzer decken.

- ➔ **Wir beantragen erneut, an mindestens einem geeigneten Standort (aus unserer Sicht: Kindertagesstätte am Stadtpark) ein Betreuungsmodell von (beispielsweise) 11 – 19 Uhr zu etablieren, damit auch Eltern, die etwa im Einzelhandel oder Pflegebereich tätig sind, davon profitieren können.**

Meine Damen und Herren,

Leonberg ist eine attraktive Stadt! Leonberg ist nämlich bundesweit die Nr. 18 – leider nicht der reichsten Städte, aber der teuersten Städte – bezogen auf **Miet- und Immobilienpreise**. Natürlich spielen hierbei Neuansiedelungen wie die von Bosch oder Thales eine Rolle, ebenso wie etwa die zahlreichen Neueinstellungen bei Porsche oder Trumpf in den letzten Jahren.

Andererseits darf man nicht vergessen, dass der Hauptauslöser für diesen Immobilienboom aber die Europäische Zentralbank ist, die mit ihrer Niedrigzinspolitik die Finanzmärkte manipuliert. Davon profitieren aber nicht nur Krisenländer wie Griechenland, sondern auch Städte in Deutschland mit hohem Kreditbedarf. Also auch Leonberg !

Lt. Haushaltsplan werden wir nächstes Jahr Kredite in Höhe von fast 23 Mio. EUR aufnehmen. Daraus resultiert – zurückhaltend geschätzt - eine jährliche (!) Ersparnis im Vergleich mit dem langjährigen Durchschnittszinsniveau von deutlich mehr als 500 TEUR. Bei unveränderter Situation an den Kapitalmärkten in den Folgejahren summiert sich dies angesichts der künftig geplanten Kreditaufnahmen Leonbergs auf mehr als eine Millionen – jedes Jahr – auf Jahrzehnte hinaus. Man könnte hier also einen „ideellen Haushaltsposten“ in dieser Größenordnung bilden und diese „windfall profits“ (die Stadt profitiert davon, ohne etwas dafür tun zu müssen) für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen.

Die Situation am Wohnungsmarkt wird durch den Zustrom von Flüchtlingen weiter verschärft, betroffen sind sowohl Geringverdienende, die keine Mietwohnung finden, wie auch die berühmte junge Familie mit Kindern, die sich oft kein Wohneigentum mehr leisten kann. An dieser Stelle wollen wir der anberaumten Klausur des Gemeinderates im Frühjahr nicht vorgreifen, allerdings bringt mich die Thematik zu unserem nächsten Haushaltsantrag:

Abgesehen von einem Areal an der Berliner Str. am Rande des Stadtparks, stehen uns in der Kernstadt künftig keine nennenswerten Flächen zur Wohnbebauung mehr zur Verfügung. Angesichts des mir vorgegebenen Zeitlimits möchte ich auf das Layher-Areal in diesem Zusammenhang gar nicht erst eingehen.

Im gewerblichen Bereich realisieren wir gerade das Industriegebiet Leo-West, das allerdings nur rd. 6 ha statt notwendiger 11-15 ha bebaubare Fläche umfasst. Lt. Verwaltung und Wirtschaftsförderung gibt es hier heute schon eine große Nachfrage durch bauwillige Unternehmen. Die vorgesehenen Maßnahmen in Höfingen (Arrondierung Pfad 2) und Gebersheim (Erweiterung Gewerbegebiet) sind nur „ein Tropfen auf den heißen Stein“, die Neuordnung des Sümak-Areals gestaltet sich erwartungsgemäß ausgesprochen zäh. Und - nur ganz am Rande: Ersatzdeckungsmittel aus Grundstücksverkäufen könnten wir in ein paar Jahren möglicherweise auch ganz gut gebrauchen...

→ Wir beantragen daher, die Fortschreibung des Leonberger Flächennutzungsplanes in 2016 in Angriff zu nehmen.

Anfang 2017 wird nicht nur die Verwaltung, sondern auch der Gemeinderat ins neue Rathaus einziehen. Spätestens dann ist der Zeitpunkt gekommen, auch die Gremienarbeit in zeitgemäßen effizienten Strukturen abzuwickeln.

Die vorsintflutliche Anlieferung von papierhaften Sitzungsdrucksachen – manchmal zeitlich auf den letzten Drücker – muss dann der Vergangenheit angehören. Anfang 2015 hatten wir einen Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Dokumentenmanagementsystems in der Verwaltung getroffen. Jetzt bitten wir konsequent auch ein **Ratsinformationssystem** (mit einem mobilen Endgerät für jede/n Stadtrat/-rätin) im nächsten Jahr vorzubereiten.

Hier können wir uns auch mal am Landkreis orientieren, der dies zum Jahresbeginn einführen wird. Dort wird mit einer Amortisationszeit für diese Investition von 2 Jahren gerechnet.

- **Wir bitten einen ausreichenden Betrag in den Haushaltsplan einzusetzen, damit mit Bezug des Neuen Rathauses die digitale Gremienarbeit aufgenommen werden kann.**

Bevor ich zum Schluss unserer Kommunalpolitischen Erklärung komme, darf ich noch auf **einige ergänzende Anträge** hinweisen, die wir im Anhang formuliert haben. Dabei geht es um

- geeignete Anlagen zur Geschwindigkeitsreduzierung an den Ortseingängen von Warmbronn und Höfingen
- Maßnahmen zur Verhinderung des PKW Verkehrs im Höfinger Täle, sowie um
- eine zeitgemäße technische Ausstattung für das Eltinger Rathaus

Die vorgesehene zusätzliche Reduzierung der Kreisumlage um einige 100 TEUR bietet dafür ja ausreichende Spielräume.

Meine Damen und Herren,
wir verfügen über eine exzellente Einnahmensituation, die beste aller Zeiten, aber wir geben auch mehr Geld aus denn je. Die ernüchternde Novemberprognose des Arbeitskreises Steuerschätzung (5 Mrd. EUR weniger in 2016 für Bund, Länder, Kommunen) unterstreicht die Sorge eindrücklich, dass es so nicht zwangsläufig weitergeht.

Im kommunalen Bereich müssen wir daher unsere Hausaufgaben machen. Dazu gehört, die **Folgekosten** vieler Maßnahmen und Entscheidungen stärker zu beachten. In vielen Verwaltungsdrucksachen fehlen Zahlen hierzu, obwohl dies eigentlich vorgesehen ist. Teilweise werden Investitionen, die Verwaltung und Teile des Gemeinderates unbedingt möchten, geschönt gerechnet (siehe Sauna), manchmal ist die Höhe der Kosten temporär unbekannt (siehe PR-Parkhaus). Hier gibt es offensichtlich – entweder fachlich / inhaltlich, oder aber von der Grundeinstellung her, – Optimierungsbedarf.

Berücksichtigt man dazu noch die Herausforderungen bei der frühkindlichen Bildung und zur Unterbringung und Integration der Flüchtlinge, so gibt es aus dem kommunalen finanziellen „Teufelskreis“ eigentlich nur ein Entrinnen: Bund und Land müssen die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen umgehend beenden.

Der Ansatz des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin zeigt den Weg. Die Forscher raten der Bundesregierung den Solidaritätszuschlag zum Großteil umzuwidmen und zur Entlastung der Kommunen einzusetzen. Leider können wir das hier nicht beschließen. Es ist aber ein Jeder in der Verwaltungsspitze und in diesem Gremium gefordert, im Rahmen seiner Möglichkeiten **politischen Druck auf die Entscheidungsträger** auszuüben.

Denn - „was nicht zur Tat wird hat keinen Wert“ (Pfarrer Gustav Werner, Ehrenbürger von Reutlingen)

Abschließend darf ich mich im Namen der SPD-Fraktion bei der Spitze der Verwaltung, sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort für die Zusammenarbeit in diesem Jahr herzlich bedanken. Ich danke auch allen, die mir heute Abend bei der Kommunalpolitischen Erklärung zugehört haben.

Ottmar Pfitzenmaier
für die SPD-Fraktion
im Leonberger Gemeinderat

Hinweis an die Verwaltung: Anträge der SPD Fraktion (siehe auch nächste Seite) sind fett gedruckt.

Weitere Anträge der SPD-Fraktion:

- **Wir beantragen aus Gründen der Verkehrssicherheit geeignete Anlagen zur Geschwindigkeitsbegrenzung an der Hauptstraße in Warmbronn und an der Pforzheimer Straße in Höfingen zu installieren.**
- **Der motorisierte Durchgangsverkehr nimmt im Höfinger Täle erkennbar zu. Wir beantragen die Umsetzung geeigneter Maßnahmen, um dies in Zukunft zu verhindern.**
- **Das Eltinger Rathaus wird häufig von Vereinen zu Veranstaltungszwecken genutzt. Eine zeitgemäße technische Ausstattung (Beamer, Leinwand, Mikrofonanlage) ist daher notwendig.**